

*Eine neue Zeit braucht eine
neue Politik*

*Visionen
sozialdemokratischer Politik*

*für eine solidarische
Gesellschaft
in Freiheit, Gleichheit,
Brüderlichkeit !*

Einigkeit macht stark !

Wir leben in 2019. Sechzig Jahre nach "Godesberg" – dem sozialdemokratischen Programm, von dem "Geschichtsschreiber" sagen, es wäre die "Versöhnung" der SPD mit der "Sozialen Marktwirtschaft". Wurde aus den Visionen des "Demokratischen Sozialismus" im Laufe der Jahre eine "Verbrüderung" mit den "Gesetzen des Marktes" ?

Manche glauben, es gäbe den "klassischen Arbeiter" nicht mehr und rechtfertigen damit die Abkehr von der Vision einer solidarischen Gesellschaft. Sie verfallen dem "Leistung muß sich lohnen", die "Kräfte des Marktes" sollen regeln, wer wo seinen Platz zu finden hat.

Es ist ein Irrglaube : Unsere Gesellschaft ist gekennzeichnet durch eine tiefe Spaltung ! Einige wenige verfügen über die Mittel und das Kapital, leben in Wohlstand, besitzen weit mehr, als sie selbst und nachfolgende Generationen "verbrauchen" können und die Mehrheit der Menschen soll damit zufrieden sein, mit zu wenig zum Leben und zuviel zum Sterben abgespeist zu werden.

Diese Ungerechtigkeit widerspricht zutiefst der Idee des demokratischen Sozialismus, der Vision einer Gesellschaft, in der jeder gleich gut und in Würde leben kann.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands muß sich dieser Herausforderung stellen : Sie ist es, in deren Hand es liegt, den Keil in unserer Gesellschaft herauszureißen, zu verhindern, daß an Gewinn und Macht orientierte Menschen skrupellos ihre Profite zu Lasten der Mehrheit steigern, diejenigen, die den "Mehrwert" erarbeiten und schaffen von den Früchten ihrer Hände Arbeit konsequent fernhalten.

Unser Leben hat sich verändert in den zurückliegenden sechzig Jahren. Was jedoch geblieben ist trotz aller Veränderungen der Arbeitswelt, ist die Tatsache, daß die Mehrheit der Menschen in Lohnabhängigkeit arbeitet. Ob im klassischen Sinne am "Fließband" oder als Dienstleister im Büro : Sie stellen ihre Arbeitskraft in den Dienst des Kapitals und werden dafür entlohnt, sie schaffen "Mehrwert" ohne jedoch dafür mehr wert zu sein.

Ihr Gewinn an Lebensqualität hält nicht Schritt mit dem Gewinn der Wirtschaft, der Betriebe, der Konzerne und Banken. Für ihre Daseinsvorsorge werden sie obendrein selbst in die Verantwortung gestellt, obwohl alle statistischen Erhebungen darlegen, daß sie mit ihrem Einkommen kein Auskommen haben.

Unsere Zukunft wird sich in weit schnellerem Tempo verändern : Automatisierung, Digitalisierung und Künstliche Intelligenzen werden unseren Alltag bestimmen und uns aus dem Erwerbsleben verdrängen. Wer sich diesen Veränderungen nicht anpaßt, nicht Schritt hält und sich fortlaufend weiterbildet, seine Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten nicht auf die neuen Herausforderungen ausrichtet, verliert jede Chance, seinen Lebensunterhalt mit seiner "Arbeitskraft" zu bestreiten.

Für Sozialdemokraten muß dies bedeuten, daß die Vision einer solidarischen, gerechten und menschenwürdigen Gesellschaft neu gedacht werden muß : Das Modell der "Sozialen Marktwirtschaft" aus der Zeit nach dem 2. Weltkrieg, der Zeit des Wiederaufbaus und des Wirtschaftswunders Deutschland kann die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und nachfolgender Generationen nicht bewältigen.

Was bleibt, unabhängig davon, wie sich unsere Gesellschaft und unser Leben auch verändern wird, ist die Überzeugung, daß es unsere Aufgabe als Sozialdemokraten ist, dafür Sorge zu tragen, daß jedem in unserer Gesellschaft sein gerechter Anteil am erwirtschafteten Gewinn zukommt, jeder einzelne so zu beteiligen ist, daß er ein Leben in Würde und frei von Ängsten führen kann.

Knut WICHMANN sr.

Ooser Straße 3
54568 GEROLSTEIN

Tel +49 65 58 900 29 13

Fax +49 65 58 93 10 91

Mobil +49 0170 774 88 90

Knut.WICHMANN.sr@T-OnLine.de



zur Orientierung :

<i>auf Seite</i>	findet Ihr / finden Sie die Themenfelder
1	Vorwort
3	Themenübersicht
4	Einleitung
5	Solidarische Gesellschaft
6	Sicherheit und Lebensqualität
8	Wirtschaft und Sozialordnung
11	Familie, Jugend, Alter, demographischer Wandel
13	Religion, Kirchen und kulturelles Leben
15	Schule, Bildung, Wissenschaft
16	Information, Kommunikation, Digitalisierung
18	Umwelt, Klimaschutz, Verantwortung für Natur als Lebensgrundlage
20	Europa und internationale Verantwortung
22	Sozialdemokratisches Selbstverständnis

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen im Artikel 1 (Abs. 1) des Grundgesetzes eine bedingungslose Verpflichtung für all ihr politisches Handeln und Tun.

Wer immer diese Verpflichtung mißachtet, Menschen ihrer Würde beraubt, sich auf Kosten anderer persönliche Vorteile verspricht oder verschafft, kann niemals Teil oder Mitglied einer sozialdemokratischen Gemeinschaft sein.

Die Sozialdemokratie bekennt sich zur sozialen Verantwortung :

Soziale Verantwortung bedeutet, füreinander einzustehen. Einzelinteressen und das Streben nach persönlichem Vorteil auf Kosten oder zu Lasten einer Allgemeinheit widerspricht der Idee des demokratischen Sozialismus sowie einer solidarischen Gesellschaft.

Wir lehnen keineswegs angemessene und gerechte Entlohnung für selbst erbrachte Leistung – in welcher Form auch immer – ab. Jede Wertschöpfung basiert jedoch niemals auf der Arbeit, den Ideen, dem Tun, der Kreativität und dem Erfindungsreichtum Einzelner. Sie ist immer ein Produkt aus einer Gemeinschaftsleistung und steht deswegen auch immer der Gemeinschaft zu.

Wirtschaftliches Wachstum auf allen Ebenen muß dem Wohle aller dienen.

Seit ihrer Gründung durch Ferdinand Lassalle 1863 stehen Sozialdemokraten für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit im Bewußtsein, Einigkeit macht stark.

Mehr als 155 Jahre richtet sich unsere politische Arbeit genau an diesem Ziel aus, stehen wir wie keine andere politische Kraft unermüdlich im Kampf für eine solidarische Gesellschaft, die jeden Unterschied zwischen Menschen, jedwede Vorteilsnahme auf Kosten der Gesellschaft, jede Unterdrückung und Ausbeutung, jegliche Ausgrenzung konsequent ablehnt und unterbindet. All unser Engagement, Wissen, Können, Denken und Handeln stellen wir gerade denjenigen zur Seite, die selbst nicht in der Lage sind, ihr Schicksal aus eigener Kraft zum Besseren zu wenden, denen, die zum Opfer wirtschaftlicher Erfolge und Zugewinne werden, die sozial, kulturell, wirtschaftlich und politisch ausgegrenzt werden sollen.

Für jede Sozialdemokratin, für jeden Sozialdemokraten steht das Wohl der Gesellschaft immer vor dem eigenen, persönlichen Wohlergehen.

Solidarische Gesellschaft

In einer globalisierten Welt werden Grenzen zu imaginären Gebilden, erscheinen oft überflüssig oder gar nicht existent.

Die Realität und die Lebenswirklichkeit lebt jedoch auch weiterhin innerhalb von Grenzen, die Territorien, Länder, Kontinente in diverse Lebensräume aufteilt.

Sozialdemokratie bekennt sich zu grenzenlosen Gedanken, ohne jedoch die real existierenden Grenzen zwischen den Nationen zu ignorieren.

Zugleich ist es für uns Realität, daß alles menschliche Tun nicht im eingegrenzten Raum bleibt und wirkt : Der Mensch hat Gemeinsamkeiten und Zusammenschlüsse geschaffen, die das Zusammenwirken mit anderen Nationen, in gemeinsamen Wirtschaftsräumen, politischen Organisationen verbindlich vereinbart hat. Neben dem eigentlichen Zweck sehen wir darin zugleich ein Element des friedlichen Miteinanders, des gegenseitigen Vertrauens, eines nicht nur miteinander, sondern vielmehr auch füreinander Daseins.

Unsere Vision des Miteinanders aller Menschen und Völker ist das Bild durchlässiger Grenzen im gegenseitigen Respekt und in der Achtung aller nationalen Eigenständigkeit.

Sozialdemokratie denkt und handelt daher nicht national. Wir wissen um die Wirkung staatlichen Tuns auf unsere Nachbarn. Deutsche Politik ist deswegen immer nicht nur dem eigenen Volk verpflichtet, sondern nimmt Rücksicht und achtet die Bedürfnisse nicht nur der Länder unseres Kontinents, sondern auch weltweit.

Die staatliche Ordnung, insbesondere das Grundgesetz mit den darin formulierten Grundrechten sowie alle nachfolgenden Gesetze und Verordnungen regeln nicht nur das Zusammenleben in Deutschland, sie geben uns auch ideelle Werte und Grundlage für das eigenen Verhalten außerhalb unseres Landes, ohne dabei die Rechtsordnung anderer Nationen zu verletzen.

Eine solidarische Gesellschaft im Sinne der Sozialdemokratie erstreckt sich daher nicht nur auf unser Land – unsere Vision der solidarischen Gesellschaft zielt auf die Solidarität aller Länder und aller Menschen dieser Erde.

Weltfrieden und vertrauensvolles Miteinander wird nur dann zu verwirklichen sein, wenn das Ziel der Solidarität aller Völker und eine gerechte Verteilung aller Schätze unseres Planeten untereinander erreicht sein wird, der Mensch nicht mehr des Menschen Feind ist, weil er von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgegrenzt ist.

Sicherheit und Lebensqualität

Würdevolles Leben bedingt das Gefühl von Sicherheit, Anerkennung und Respekt.

Wer sich um sein Dasein sorgen muß, keine Perspektiven für ein gesichertes und sicheres Leben im Morgen für sich und seine Familie erkennen kann, sich in einer Ellenbogen-gesellschaft glaubt, das Gefühl mit sich trägt, ausgenutzt oder gar ausgebeutet zu werden, sieht sich selbst nicht als Teil einer solidarischen Gesellschaft, verweigert sich, nimmt den Kampf auf gegen jeden und alles, leistet Widerstand gegen gesellschaftliche Ordnung oder radikalisiert sich und sein Umfeld. Politik steht deswegen im besonderen Maß in der Verantwortung für eine Daseinsvorsorge, die jedem Menschen ein angemessenes Leben in Würde ermöglicht.

Das Herstellen und Bewahren von Sicherheit im staatlichen Sinn umfaßt nicht nur die Außengrenzen eines Landes. Sie muß im Besonderen auch Sorge tragen für das Gefühl eines sicheren Lebens und Auskommens aller seiner Bürger und Menschen im Land.

Staatliche Ordnung regelt das Leben miteinander – Daseinsfürsorge ist Grundlage für Vertrauen untereinander und gegenüber dem Staat und seiner Organe.

Sozialdemokratie bekennt sich deswegen ausdrücklich zur Sozialstaatlichkeit.

Für Sozialdemokraten gilt deswegen :

Die Grundbedürfnisse der Menschen in unserem Land sind unabdingbar !

Jeder Mensch hat nicht nur ein Recht auf Leben, sondern auch auf die dafür notwendigen Grundlagen. Dies umfaßt nicht nur Wohnen, Nahrung, Gesundheits-, Pflege- und Altersvorsorge, Bildung, Mobilität und Entfaltungsfreiheit, sondern auch gesellschaftliche Teilhabe an Kultur und gesellschaftlichem Miteinander.

Die Befriedigung dieser Grundbedürfnisse verstehen wir als staatliche Aufgabe, sie dürfen nicht privatwirtschaftlichen Interessen untergeordnet oder davon in Abhängigkeit gestellt werden.

Sicherung von Grundbedürfnissen und Profitsucht stehen im krassen Widerspruch zueinander und sind staatlicherseits zu unterbinden, zu verhindern und zu bekämpfen.

Deswegen stehen Sozialdemokraten für eine Beschränkung der Gewinne aus jedweder Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse auf das Maß der allgemeinen Lohn- und Gehaltssteigerungen als ein absolutes Maximum.

Jedem Zuwiderhandeln steht die Verpflichtung aus Art. 14 (2) Grundgesetz (Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.) entgegen und gefährdet den sozialen Frieden. Dem ist mit rechtsstaatlichen Mitteln zu begegnen.

Sicherheit im Innern des Staates ist ausschließlich Aufgabe staatlicher Organe. Dies befreit nicht von der Verpflichtung der gegenseitigen und unmittelbaren Hilfe in Notsituationen.

Zur Gewährleistung der Inneren Ordnung bedarf es zum einen einer hinreichend effektiv ausgestatteten Polizeistruktur wie auch der Zusammenarbeit aller staatlichen Gewalt in Bundes- und Landespolizeiorganisationen mit zeitgemäßen Netzwerken.

Persönlichkeitsrechte müssen dabei immer im besonderen Maß geachtet und gewahrt bleiben, deren Einschränkung ohne richterliche Anordnung hat ohne Gefahr im Verzug stets zu unterbleiben. Vorratsdatenspeicherung, staatliche Ausspähung und Überwachung in jeder Form ohne konkrete Anlässe hat zu unterbleiben, die Einschränkung von Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit darf zu keiner Zeit stattfinden.

Erde, Wasser, Luft, Klimaschutz und verantwortungsvoller Umgang mit Bodenschätzen, sichere und umweltneutrale Energieversorgung – auch das sind Voraussetzungen für die Wahrung der Inneren Sicherheit.

Nur wer in der Sicherheit leben kann, daß er selbst wie auch nachfolgende Generationen in gesunder Umwelt leben können und werden, kann auch ein Gefühl des sicheren Lebens entwickeln und spüren.

Für uns Sozialdemokraten ist der beste Garant für Innere Sicherheit eine gerechte Verteilung der der Schätze unserer Erde, der Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, der Vermögen und Werte sowie einer sozialen Teilhabe.

Staatliche Gemeinschaft hat zugleich auch ein Bedürfnis nach äußerer Sicherheit.

Dies umfaßt nicht nur den Schutz der Außengrenzen, d.h. die Abwehr von Angriffen von außen auf die staatliche, wirtschaftliche und soziale Ordnung des Landes, sondern auch auf Leib und Leben der Bürger und deren grundgesetzlichen Rechte.

Nur und ausschließlich zu diesem Zweck bejahen Sozialdemokraten Aufstellung, Ausrüstung und Ausbildung deutscher Streitkräfte, die zudem im Rahmen europäischer Sicherheit sowie mit Mandat der Vereinten Nationen auch außerhalb des eigenen Territoriums mit ausdrücklichem Parlamentsvotum zur Gefahrenabwehr oder Katastrophenhilfe eingesetzt werden dürfen.

Wir widersetzen uns jeglicher Gewaltanwendung oder Androhung, die dem Zweck von Durchsetzung nationalpolitischer oder wirtschaftlicher Ziele dienen sollen.

Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik basiert auf Diplomatie und vertrauensvollem, friedlichen und respektvollen Miteinander – Krieg ist für Sozialdemokraten kein Mittel der Politik !

Wirtschaft und Sozialordnung

Wirtschaftliches Wachstum, technischer Fortschritt und Automatisierung, digitale Innovation, weltweite Kommunikation, künstliche Intelligenz, Medienvielfalt und immer neue Netzwerke können und sollen das Leben der Menschen erleichtern und ihre Möglichkeiten erweitern.

All dies kann aber nur dann im gesellschaftlichen Konsens zum Wohle aller gelingen, wenn es nicht dem Profit und der Bereicherung einiger Weniger dient, sondern der Allgemeinheit im gleichen Maße zur Verfügung steht.

Dabei muß der Gefahr der Vereinsamung gezielt entgegengewirkt werden. Kommunikation mit modernen Geräten und Einrichtungen darf die persönliche Begegnung und Ansprache nicht überflüssig machen oder gar zerstören.

Es ist Aufgabe staatlichen Handelns, dafür Sorge zu tragen, daß zur Schaffung von Wir-Bewußtsein und Zusammengehörigkeitsgefühl Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit nicht nur geschriebenes Wort bleibt, sondern mit Förderung der Sport-, Vereins- und Feierkultur in Stadt und Land erhalten bleibt und ausgebaut wird.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik will keinesfalls Wachstum be- oder verhindern.

Wir sehen darin auch Grundlage für die Entwicklungsmöglichkeiten einer Gesellschaft, für die Möglichkeiten der Erweiterung von Lebensstandard und Wohlergehen.

Wirtschaftliches Wachstum muß aber zu gleichen Teilen allen zugute kommen und darf nicht nur einigen wenigen ihren Profit mehren.

Staatliche Förderung von Wirtschaft und Konjunktur dürfen daher auch nur dann greifen, wenn sie dem Sozialstaatsprinzip folgen und in ihren Auswirkungen dem Wohle aller dienen.

Monopole und Kartelle verzerren nicht nur das Miteinander von Angebot und Nachfrage, sie bewirken zugleich Verschiebungen wirtschaftlicher Ausgewogenheit und des sozialen Gefüges, schaffen Abhängigkeiten und Existenzängste.

Als Sozialdemokraten erkennen wir in Monopolbildung keinerlei gesellschaftlichen Vorteile noch wirtschaftliche Notwendigkeit. Wir setzen vielmehr auf mittelständische Unternehmen, die wesentlich dazu beitragen, regional den Bedürfnissen der Menschen sowohl als Arbeitnehmer in vielfältigen Berufsbildern tätig zu sein, Aus- und Weiterbildungen zu erfahren wie auch als Konsument vor Ort ihren Bedarf zu decken.

Eine Förderung des Mittelstandes sowie von Start-Ups besonders auch im ländlichen Raum ist deswegen unbedingt der Vorzug zu geben.

Zur Erfüllung staatlicher Aufgaben sind Bund, Länder und Kommunen auf Steuereinnahmen und Abgaben angewiesen. Wirtschaftswachstum und ständige Fortentwicklung ist auch deswegen in staatlichem Interesse.

Steuer- und Abgabenaufkommen muß dabei mit einem als gerecht empfundenen System geschöpft werden, das die Leistungsfähigkeit und die Lebensverhältnisse der Steuerpflichtigen berücksichtigt.

Wertschöpfung, die nicht auf eigener Hände Arbeit beruht, Zugewinn aus Kapitalgeschäften oder aus hinzugewonnenem Vermögen vorangegangener Generationen (Erbschaften), weit überdurchschnittliche Einkommen (Managergehälter, Gewinnbeteiligungen, Dividenden) sind bei der Steuerbemessung besonders heranzuziehen, Kleingehälter und -Löhne sind zu schonen oder steuerfrei zu stellen.

Alters-, Gesundheits-/Pflegevorsorge, Aufwendungen für Aus- und Weiterbildung sowie besondere Belastungen im Lebensalltag müssen einer besonderen und angemessenen Berücksichtigung unterliegen.

Andererseits sind Gewinne, die mit der Befriedigung von Lebensgrundbedürfnissen der Mitmenschen erzielt werden (Mieteinnahmen) mit besonderer Steuerlast zu belegen, die ausschließlich den staatlichen Sozialausgaben zugeführt werden dürfen.

Der Grundsatz "Arbeit muß sich lohnen" hat für Sozialdemokraten nur dahin Gültigkeit, daß der Lohn demjenigen zukommt, der die Arbeit leistet und nicht demjenigen, der die Arbeit in Auftrag gibt.

Wer aufgrund persönlicher Einschränkungen oder Behinderung, Pflegebedürftigkeit oder Krankheit, nicht selbst verschuldeter Arbeitslosigkeit, Arbeits- oder Berufsunfähigkeit oder wegen Rentenalters nicht in der Lage ist, seine Lebensbedürfnisse oder die seiner Angehörigen/Unterhaltsabhängigen zu gewährleisten, hat Anspruch auf staatliche Unterstützung in Form von Geld- und Sachleistungen, die eine vollständige Teilhabe ermöglicht. Eine Bedürftigkeitsprüfung muß sich dabei auf das unbedingt notwendige Maß beschränken und darf nicht dazu führen, daß sie abschreckend wirkt oder den Menschen zu absoluter Offenbarung zwingt. Erwirtschaftetes Wohneigentum in Selbstnutzung sowie Altersrückstellungen müssen dabei unberührt bleiben, sofern sie nicht dem Zweck der Bereicherung oder Vermögensmehrung dienen.

Sozialneid und Mißgunst verhindern Sozialdemokraten, indem sie Arbeitsverhältnisse bekämpfen, die in Form von Zeit- oder Leiharbeit erbracht werden oder einen Mindestlohn unterschreiten, der nicht mindestens in Höhe von 15 Euro/Stunde vereinbart ist.

Wer in Branchen arbeitet, die saisonabhängig oder wegen besonderer Auftragslagen auf Leiharbeiter oder "Springer" angewiesen ist, muß für seine Flexibilität am Arbeitsplatz wegen der besonderen Belastung mit einem Lohnzuschlag (20%) belohnt werden.

Darin sehen wir auch einen Anreiz für Arbeitgeber, die Beschäftigung außerhalb von Festverträgen auf das absolut notwendige Minimum zu begrenzen.

Jedem Menschen, der seine Arbeitskraft oder Dienstleistung einbringt und damit Anteil hat am wirtschaftlichen Erfolg, muß ein sicheres Einkommen zustehen, mit dem er seine Bedürfnisse und die seiner Familie und zu unterhaltenden Personen sichern kann.

Sozialdemokraten sehen in tariflich vereinbarten Löhnen und Gehältern, die von Arbeitnehmervertretern/Gewerkschaften mit Arbeitgebern/Verbänden verhandelt werden, das gerechteste System der Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg, der mit Tarif-Rahmenverträgen zugleich den ausgewogenen Ausgleich von Arbeits- und Freizeit regelt.

Mit großer Sorge nehmen wir zur Kenntnis, daß noch immer keine Gleichwertigkeit von Arbeits- und Lebensverhältnissen im Lande herrschen.

Für Sozialdemokraten ist nicht hinnehmbar, daß Lohn- und Gehaltszahlungen sich nach dem Geschlecht oder der regionalen Situation richten.

Wir stehen für gleichen Lohn von Männern und Frauen und für gleichen Lohn in Ost und West für gleiche Arbeit – alles andere ist nach unserem Verständnis unvereinbar mit dem Gleichheitsgrundrecht aus Artikel 3 des Grundgesetzes.

Gleiches muß auch für alle Beschäftigte gelten, die bei uns als Fremd- oder Gastarbeiter arbeiten oder zeitlich begrenzt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen (Erntehelfer etc.).

Neben dem Arbeitsentgelt muß nach wie vor die Beteiligung am Betriebsvermögen und den Gewinnen als Möglichkeit der wirtschaftlichen Beteiligung und Ausgewogenheit im Blickfeld bleiben. Dabei geht es nicht darum, Besitz zu enteignen, sondern um ein gerechtes System der Beteiligung, das auch über die Berufszeit hinaus einen Beitrag zur Alterssicherung herstellen kann. Alternativ kann eine Betriebsrente der Vorsorge für die Zeit nach der Berufstätigkeit dienen.

Familie, Jugend, Alter, demographischer Wandel

Zunehmend gestaltet sich das Leben in individueller Selbstverwirklichung – Familie und Zusammengehörigkeit zwischen den Generationen tritt mehr und mehr in den Hintergrund, die Selbstverwirklichung und Individualismus treten vermehrt ins Zentrum der Interessen.

Sozialdemokraten standen und stehen immer für Freiheit. Dies bedeutet jedoch nicht, daß soziale Verantwortung, das Einstehen füreinander, die gegenseitige Sorge und Fürsorge nicht mehr als Verpflichtung wahrgenommen werden dürfen.

Niemand anders als die Eltern stehen in erster Linie in der Verantwortung für ihre Kinder und umgekehrt die Kinder für ihre Eltern.

Staatliche Verantwortung ist dabei, dieses Mit- und Füreinander nicht nur zu fordern, sondern bestmöglich zu fördern und Rahmenbedingungen zu schaffen, die dem familiären Zusammenhalt Grundlagen bietet, Familie zu bilden und zu leben.

Gute Familienpolitik zeichnet sich nicht dadurch aus, daß "Geburtsprämien" als Anreiz für Familienzuwachs gewährt werden oder die Höhe von Lichtschaltern auf 80cm festgeschrieben wird.

Gute Familienpolitik trägt Sorge dafür, daß Ehe und Familie gesellschaftliche Anerkennung erfahren, im Alltags- und Berufsleben besonders beachtet und berücksichtigt werden, Nachteile für familiäres Engagement beseitigt werden.

Arbeit und Familie, Betreuung und Erziehung von Kindern und Heranwachsenden ist ebenso zu fördern, wie auch Ausbildung von der Grundschule bis hin zum Studium oder der Berufsausbildung. Dabei ist Kostenfreiheit nur ein Teil dessen, worin Sozialdemokraten die Möglichkeit der Familienförderung sehen.

Bezahlbarer und hinreichend ausgestatteter Wohnraum in angemessener Größe, ortsnahe Einrichtungen für Kinderbetreuung, Schulen, Berufsschulen, Sport- und Freizeitstätten gehören ebenso zur Familienförderung wie auch Kulturangebote in Form von Theatern, Museen, Erholungsflächen sowie ein Nahverkehrsangebot in attraktiver Taktung und mit lukrativer Preisgestaltung.

Derartige Angebote werden nicht mit privatwirtschaftlichen Unternehmen zu erreichen sein, die gewinnorientiert arbeiten.

Als Sozialdemokraten sehen wir darin eine staatliche/kommunale Aufgabe der Daseinsfürsorge, die mit Mitteln des allgemeinen Steueraufkommens zu realisieren ist.

Gleiches gilt für alle Bereiche der Gesundheitsvorsorge, die eine ortsnahe Versorgung von der Geburt bis zum Tod lückenlos sichergestellt sein muß.

Wer seinen Beruf und seine Karrieremöglichkeiten zugunsten von Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen aufgibt, sich der Erziehung und Ausbildung widmet und damit Sorge dafür trägt, daß unser Staat am Leben erhalten bleibt, muß denjenigen gleichgestellt sein, die einem Erwerbsleben den Vorzug geben und ihren wirtschaftlichen Stand erhalten oder mehren. Kinder- oder Pflegegeld in heutiger Form sind nicht hinreichend, um Geburtenrückgang zu verhindern oder Familien zu fördern, sie schaffen keinen adäquaten Ausgleich für den Verlust an Einkommen und Lebensqualität, der mit verantwortungsvollem Engagement für Familie einhergehen.

Zugleich sind Kinder heute die Leistungsträger einer Gesellschaft von morgen. Sie sind es besonders dann, wenn sie gut erzogen, gut ausgebildet, in familiärer Umgebung zu sozialen Menschen geformten und verantwortungsbewußten Bürgern unserer demokratischen Gesellschaft herangewachsen sind. Wir alle profitieren davon – wir alle stehen in der Verpflichtung, diesen Profit nicht nur einzustreichen, wir alle müssen auch unseren Anteil dafür leisten, den Fortbestand unserer Gesellschaft finanziell und sachlich so auszustatten, daß dieses System der generationenübergreifenden Entwicklung am Leben erhalten bleibt.

Aus diesem Grund ist gerechtfertigt, daß staatliche Mittel hier mit Priorität eingesetzt werden.

Unsere "Alten" sind die Verdienstträger unser aller Wohlstand, Sie verdienen nicht nur unseren Respekt und Anerkennung, sich um sie zu sorgen, ihnen einen angenehmen Lebensabend zu ermöglichen, ist Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit.

Alt und schwach zu werden, mit gesundheitlichen Problemen wie Demenz und Alzheimer kämpfen zu müssen, ist weder boshaftes Verhalten noch Sünde an der Gesellschaft.

Die Sozialdemokratie steht daher auch für die älteren Generationen verantwortungsvoll dafür ein, ihnen alle notwendige Hilfe und Unterstützung, Pflege und Gesundheitsfürsorge aus Mitteln staatlicher Einnahmen zukommen zu lassen.

Soweit gesetzliche Rente, Kranken- und Pflegesysteme eine menschenwürdige Versorgung nicht sicherstellen, hat die Solidargemeinschaft alles zu tun und bereitzustellen, um die Arbeit und Aufwendungen von Familien und Angehörigen zu ermöglichen und zu erleichtern.

Deswegen dürfen Erwerbsgeschichte und dabei erreichtes Einkommen nicht zum Maß werden für ein adäquates Altwerden.

Solange der Staat bei der Einrichtung gesetzlicher Vorsorgesysteme versagt, trägt er auch Verantwortung für die Fehlbeträge dieser Systeme.

Der Einsatz von allgemeinen Steuereinnahmen hat hier für Abhilfe zu sorgen.

Die Förderung des Breitensports sehen wir nicht nur als Element der Freizeitgestaltung, sondern ebenso als Bestandteil der Gesundheitsvorsorge als staatliche Aufgabe.

Religion, Kirchen und kulturelles Leben

Neben Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichstellung von Mann und Frau und der Grundgesetznorm, daß Niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden, Niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf (Art. 3 GG) steht für Sozialdemokraten auch Artikel 4 Grundgesetz – (1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. (2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet. (3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz. – als unumstößliches Element menschlichen Zusammenlebens auf unserer Agenda.

Dabei ist jedoch nicht hinnehmbar, daß Glaube oder Religion, kirchliche oder religiöse Organisationen diese Freiheit der Menschen einschränkt oder mißbraucht.

Glaube und Religionen sollen Halt geben, Werte vermitteln und hochhalten, positive und sozialverträgliche Lebensführung, gegenseitige Anerkennung und Hilfeleistung fördern. Staatliche Gewalt muß Glaubensfreiheit gewährleisten und ebenso gegen jeden Mißbrauch religiöser Macht konsequent einschreiten, ein Unterwandern staatlicher Ordnung durch religiöse Lehre und Praktiken unterbinden.

Staat und Religion müssen nebeneinander leben. Sie konkurrieren nicht miteinander, sie haben gleichberechtigte Daseinsberechtigung, wobei das gesellschaftliche Zusammenleben von staatlicher Rechtsordnung und Judikative geregelt wird und religiöse Bestimmungen und Vorgaben untergeordnet sind.

Wir erkennen ausdrücklich den hohen Stellenwert kirchlichen Engagements in Form von Kinder-, Alten-, Kranken- und Pflegeeinrichtungen an und bekennen uns zur staatlichen Unterstützung und Förderung kirchlicher Sozialeinrichtungen, die eine allgemeine Daseinsvorsorge des Staates ergänzen oder gar ersetzen.

Sie müssen sich aber – gleich der staatlichen Einrichtungen – am Sozialwohl ausrichten und dürfen nicht dem Zweck dienen, kirchliche Vermögen zu mehren, Profite zu erzielen.

Kirchen und Religionsgemeinschaften tragen dazu bei, Gemeinschaft zu bilden, Individualismus und Vereinsamung zu verhindern. Auch deswegen ist ihr Wirken und Tun in besonderer Form anzuerkennen und darf mit staatlichen Mitteln nicht verhindert werden.

Jedem Bürger muß der Zugang zu kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen nicht nur möglich sein, es ist vielmehr auch eine Aufgabe des Staates, kulturelles Leben zu gewährleisten und zu fördern.

Zugang und Erleben von Kunst und Kultur darf nicht das Privileg derer sein, deren finanzielle Spielräume erlauben, sich alles leisten zu können. Soziale Schieflage oder finanzschwache Lebensverhältnisse dürfen nicht dazu führen, daß Kunst und Kultur nicht erlebbar ist und Menschen ausgrenzt.

Die schöpferischen Kräfte des Menschen müssen sich in einem reich gegliederten und vielfältigen kulturellen Leben frei entfalten können. Die Kulturpolitik des Staates soll alle kulturwilligen Kräfte ermutigen und fördern. Der Staat muß alle Bürger vor den Macht- und Interessengruppen schützen, die das geistige und kulturelle Leben eigenen Zwecken dienstbar machen wollen.

Kulturelle Vielfalt bereichert das Leben, sie gehört zu unserem Dasein in einer globalisierten Welt, erweitert Horizonte und schafft Respekt und Anerkennung untereinander.

Es ist daher Aufgabe des Staates, Sorge dafür zu tragen, daß jeder nach seiner kulturellen Herkunft und Anschauung leben kann, so lange er seine Mitmenschen damit in deren Freiheit nicht einschränkt oder zu reglementieren versucht.

Dazu gehört für uns auch, kulturelle Veranstaltungen oder Feiertage zu achten und zu respektieren, jedem Menschen die Möglichkeit zu geben, sein privates Leben in Orientierung an seine kulturelle Herkunft zu gestalten.

Kunst- und Kulturschaffende bereichern unser Leben und gestalten es vielfältig, interessant und bunt. Ihr Tun muß als Engagement für das gesellschaftliche Leben verstanden werden und darf deswegen nur dann behindert oder unterbunden werden, wenn es staatliche Ordnung oder das Zusammenleben in Frieden, Vertrauen und gegenseitigem Respekt unterwandert oder einschränkt, beleidigend oder herabmindernd wirkt, die Würde der Menschen angreift oder mißachtet.

Kritik an Staat und Gesellschaft ist auch für Kunst- und Kulturschaffende nicht zu tabuisieren. Sie sind Ausdruck einer freien Meinungsäußerung, die nur dann Grenzen rechtfertigt, wenn sie negativ auf das Leben der Mitmenschen wirkt oder ausgerichtet ist.

Staatliche Gewalt muß sich zur Aufgabe machen, Freiheit und Entfaltung von Kunst und Kultur zu fördern und der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

Eine Zensur darf nicht stattfinden, solange der soziale Frieden nicht angegriffen wird.

Schule, Bildung und Wissenschaft

Wissen ist Macht. Ist das der Grund, Bildung als Privileg für die Wohlhabenden anzusehen ?
Nicht für Sozialdemokraten : Wir wollen Bildung – auf allen Ebenen – für alle. Unabhängig von Stand und Geldbeutel. Deswegen, um jeden Menschen nach seinen Fähigkeiten, seinen Anlagen, seinen Stärken und Interessen zu fördern, ihm die besten Chancen zu bieten.

Nicht, um ihm "Macht" zu geben, sondern um mit gut ausgebildeten Menschen Zukunftsfähigkeit für unser Land, für Europa zu gewährleisten, um die Entwicklung auf allen Gebieten des Fortschritts und der Verbesserung des Lebens nachhaltig voranzubringen.

Bildung ist für uns untrennbar verbunden mit der Erziehung zum demokratischen, verantwortungsvollen Staatsbürger. Deswegen muß Bildung – vom Vorschulalter über Grundschule, Hauptschule/Realschule, Gymnasium, Berufsschule und Universität bis hin zur fortwährenden Weiterbildungsmöglichkeit in jedem Alter – eine Aufgabe staatlicher Einrichtungen sein.

Dabei bekennen wir uns zur föderalen Zuständigkeit.

Deswegen ist der Bund nicht aus der Verantwortung – auch durch finanzielle Mittel – dazu beizutragen, daß Ausstattung und Infrastruktur bundeslandweit auf gleichwertigem Niveau gehalten werden kann, Bildungsabschlüsse einheitlich untereinander anerkannt sind und auch im europäischen und internationalen Ausland anerkannt werden können.

Internationaler Bildungsaustausch liegt im besonderen Maße im Interesse des gesamten Landes. Hieraus erkennen wir, daß entsprechende Förderprogramme Bundesaufgabe sind.

Bildung findet ohne Grenzen statt : Je schneller technischer Fortschritt unser Alltags- wie auch Berufsleben bestimmt, desto mehr sind Weiterbildungsmöglichkeiten zu schaffen und anzubieten. Es ist Aufgabe des Bundes, auf Gesetzgebungsweg dafür Sorge zu tragen, daß jeder die Möglichkeit zur Teilhabe an Weiterbildungsmaßnahmen erfahren kann. Zur Unterstützung von Weiterbildungsmaßnahmen sollen Finanzmittel dafür eingestellt werden.

Fortschritt in Technik, Medizin, Umweltfragen, Gesellschaftsmodellen, Landwirtschaft – in allen Lebensbereichen – erfordert eine solide und gut ausgestattete wissenschaftliche Begleitung. Hier müssen Wirtschaft und Universitäten sowie wissenschaftliche Institute Hand in Hand arbeiten. Der Bund muß dabei in angemessenem Rahmen finanziell unterstützen sowie in allen Fragen der Koordination und Organisation bereit sein, Verantwortung zu übernehmen. Wissenschaft und Lehre müssen frei sein, eine Reglementierung darf nur dann erfolgen, wenn es aus ethischen Gründen geboten ist.

Information, Kommunikation, Digitalisierung

Das gesellschaftliche Miteinander ist ohne uneingeschränkte Kommunikation und Informationsfreiheit nicht vorstellbar. Beides ist grundgesetzlich als Abwehrrecht der Bürger gegenüber dem Staat verbrieft.

Es ist Aufgabe des Staates und darf privatwirtschaftlichen Interessen nicht ausgeliefert werden. Printmedien und Telefon verlieren mit zunehmender Technisierung mehr und mehr an Bedeutung, werden von weltweiter Vernetzung, sozialen Medien zurückgedrängt.

Politik und Weltgeschehen steht dem Bürger nicht nur aus einer Vielfalt von Quellen mit vielfacher Geschwindigkeit nahezu verzugslos zur Verfügung, die Welt ist transparenter geworden.

Der Austausch untereinander findet in Sozialen Netzwerken statt, jeder kann Informationen abrufen oder in die Welt bringen.

Die "Digitale Welt" bringt uns aber nicht nur Geschwindigkeit, sie trägt zugleich die Gefahr in sich, Falschinformationen – "Fake-News" – binnen kürzester Zeit in die Welt zu tragen.

Um dem Grundrecht der freien Information und Kommunikation gerecht zu werden steht der Staat einerseits in der Verantwortung wie andererseits auch in der Zuständigkeit, den Bürger vor Informationsmißbrauch und Kommunikationseinschränkung zu schützen.

Den Ausbau und Betrieb der Kommunikationsnetze hat der Staat in die Hände privater Kommunikationsunternehmen gegeben, zu deren Kontrolle Regulierungsbehörden eingerichtet wurden.

Dieses System der Kommunikationsprivatisierung hat bisher ausschließlich in den lukrativen Ballungszentren, den Städten und Großgemeinden adäquate Fest- und Funknetze gebracht, im ländlichen, dünnbesiedelten Raum verbleiben nach wie vor "weiße Flecke". Auflagen und Vorgaben werden allzuleicht umgangen, Gewinn- und Profitdenken der Unternehmen steht vielfach im Vordergrund der Interessen.

Digitalisierung, Netzausbau und "schnelles Internet", muß allen Bürgern gleichermaßen zur Verfügung stehen. Dies zu gewährleisten und zu realisieren ist hoheitliche Aufgabe !

Als fataler Fehler stellt sich heraus, sich der Zuständigkeit für Planung von Netzstruktur und -Ausbau dahingehend entzogen zu haben, indem beides weitgehend in die Hände von Privatwirtschaft im Zusammenwirken mit den Bundesländern und Kommunen ausgelagert wurde.

Vielerorts wurden mit "Machbarkeits-Studien" eigene Wege beschritten, die zwar vor Ort den Vorteil des schnellen Zugangs sicherstellen sollten, sich aber im Gesamtnetzwerk als nicht immer kompatibel erweisen.

Die Behörden des Bundes greifen hierbei hauptsächlich regulierend ein, um die Vermarktung und Preisgestaltung zu regulieren, nicht aber in ausreichendem Maße, um die Gleichwertigkeit der Netze und die ausreichende Grundversorgung der Bürger sicherzustellen.

Um den schnellen Netzausbau zu bewerkstelligen wird mit Förderprogrammen der Versuch unternommen, Netzzugang in jede Gemeinde zu bringen, mit dem weiteren Ausbau innerhalb der Kommune werden die Verwaltungen weitgehend alleine gelassen. Allenfalls der Anschluß von Bildungseinrichtungen, deren Infrastruktur in kommunaler Verantwortung liegt, wird gefördert, neben dem internen Ausbau belastet zugleich die Ausstattung der Einrichtungen die kommunalen Haushalte.

Für uns Sozialdemokraten ist Digitalisierung nicht Werbeslogan, um zu zeigen, wie modern wir sind und denken – wir wollen, daß der Zugang zu Information und der Kommunikationsaustausch in zeitgemäßer Form in modernen Netzen überall im Land und jederzeit möglich wird.

Für uns ist Digitalisierung ist kein Wirtschaftsmodell und nicht nur die Umwandlung der analogen Welt in digitale Zeichen, sie ist vielmehr eine Verpflichtung für den Staat und muß deshalb auch in der Hand des Bundes verbleiben.

Solange verfügbare und technisch realisierbare Kommunikationsverfahren flächendeckend noch immer nicht zur Verfügung stehen (4G/LTE), macht es wenig Sinn, sich neuen Techniken hinzugeben, die weder hinsichtlich der Machbarkeit noch der gesundheitlichen Verträglichkeit den Nachweis erbracht haben, daß sie bis in den letzten Winkel des Landes gebracht werden können, um künstliche Intelligenzen zu realisieren.

Vorrang hat für uns, eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen, jedem Bürger den Zugang zu schneller Kommunikation gleichermaßen zur Verfügung zu stellen.

Sofern sich das System der Kommunikations-Privatisierung als dahingehend nicht effektiv und zielführend erweist, muß es in die Zuständigkeit des Staates rücküberführt werden, um den Menschen das grundgesetzlich verbrieftete Recht auf freie Information und Kommunikation zur real gelebten Wirklichkeit werden zu lassen.

Einschränkungen und Überwachung der Kommunikation darf keinesfalls in den Händen privater Interessen verbleiben. Mit geeigneten Verfahren und gesetzgeberisch begleitet hat der Staat sicherzustellen, daß Mißbrauch unterbunden wird, gesellschaftsfeindliche Propaganda und Falschinformationen unterbleiben

Umwelt, Klimaschutz, Verantwortung für Natur als Lebensgrundlage

Klimaschutz darf nicht als "Hype des Zeitgeistes" gewertet werden, es ist unredlich, sich dieses Themas anzunehmen, weil andere politische Organisationen damit Zulauf erleben.

Schutz der Umwelt – als natürliche Lebensgrundlage heutiger und nachfolgender Generationen – Maßnahmen zur Einflußnahme auf den Klimawandel begreifen Sozialdemokraten als dringend notwendiges Handeln aus Verantwortung.

Wer auch immer einen Klimawandel anzweifelt, verkennt, daß alle Meßdaten über zurückliegende Jahrzehnte sowie die daraus gezogenen Prognosen für die Zukunft gelebte Realität sind.

Wer auch immer behauptet, dies beruhe nur auf erdgeschichtlichen oder naturgegebenen Gesetzmäßigkeiten, ignoriert, daß wir seit Jahrzehnten Raubbau mit der Natur betreiben und zugunsten unseres Wohlstandes leichtfertig Umwelt und Natur belasten.

Wir kennen längst die Wechselwirkungen von Umweltgasen, Feinstaub, Industrieabgasen wie auch Belastungen durch Müllentsorgung auf unsere natürlichen Lebensbedingungen. Zusehen ist keine Antwort : Wir haben Sorge dafür zu tragen, daß Energie aus erneuerbaren Quellen verfügbar gemacht wird, Schadstoffausstöße begrenzt, besser vollständig beseitigt, werden. Dazu reicht nicht aus, nur Vermeidungsgesetze zu verordnen, es ist vielmehr – begleitet mit erzieherischen Prozessen – notwendig, mit motivierenden und unterstützenden Maßnahmen seitens des Bundes aktiv gestaltend auf alle Lebensbereiche Einfluß zu nehmen und die notwendigen Steuermittel einzusetzen.

Darüber hinaus ist sicherzustellen, daß das Verursacher-Prinzip Anwendung findet, ohne jedoch dabei die Leistungsfähigkeit der Bürger zu überfordern.

Sozialdemokraten bejahen Förderprogramme für Wirtschaft und Industrie, sehen hier aber vorrangig nicht den Investitionsbereich, sondern vielmehr Hilfen für betroffene Beschäftigte, deren Weiterbildung, Umschulung und Qualifizierung für neue, zukunftsfähige Aufgaben.

Ein wesentlicher Aspekt betrifft die Mobilität : Entfernung zwischen Arbeit und Wohnen, Freizeitgestaltung, Reisen sowie Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen bringen unweigerlich den Bedarf/Wunsch nach Mobilität mit sich.

Weder lassen sich Angebote und Teilnehmer generell näher zusammenzuführen, noch darf die Teilhabe eingeschränkt werden : Bewegungsfreiheit und Freizügigkeit sind grundgesetzlich vorgegeben und damit ist es Aufgabe des Staates, dies auch sicherzustellen.

Wir sehen im Ausbau des Öffentlichen Verkehrs den richtigen Lösungsansatz.

Deswegen wollen wir den Ausbau der Schienentrassen im überregionalen Verkehr und – soweit realisierbar – ÖPNV mit der Alternative, Busverkehre mit neuer Fahrzeuggeneration fördern. Davon darf der ländliche Raum wie auch dünnbesiedelte Regionen nicht ausgenommen sein. Individualverkehr läßt sich nicht verbieten. Deswegen setzen Sozialdemokraten auf Attraktivität öffentlicher Verkehre, besonders hinsichtlich Verfügbarkeit, Zeittakt, Preisgestaltung – bis hin zu unentgeltlichem Angebot.

Wir halten es nicht für sinnbringend, sich auf Antriebsmodelle festzulegen.

Elektroantrieb alleine erbringt hinsichtlich der Energiebilanz beim heutigen Stand der Technik nicht den gewünschten Erfolg. Die Förderung von Forschung im Bereich alternativer Antriebe ist unerlässlich, sie muß uneingeschränkte Entwicklungsmöglichkeiten für eine nachhaltig umweltfreundliche Energiebilanz sicherstellen.

Modell- und Testläufe zur Verifizierung der theoretischen Erkenntnisse sind dabei zu fördern, regelmäßiger Austausch von Industrie, Forschung und Wissenschaft sind unerlässlich. Hierbei kommt dem Bund steuernde und koordinierende Gestaltung zu.

Initiativen zur Förderung von Fahrradverkehrswegen, Modellen von autofreien Städten oder auch innovativen Nahverkehrseinrichtungen wie innerstädtischen Seilbahntrassen stehen wir offen gegenüber.

Jede Idee, jeder Ansatz zur energiesparenden oder -neutralen (Nah)Verkehrslösung ist es wert, diskutiert, untersucht oder auch im praktischen Anwendungslauf erprobt zu werden – kein Lösungsansatz darf dabei außen vor bleiben : Es gilt, das Ziel einer umweltgerechten Mobilität möglichst schnell zu erreichen.

Wir bekennen uns zu den international vereinbarten Klimaschutzzielen.

Gesetzgeberisch dürfen einem Abrücken von den gemachten Zusagen keine Ausnahmen zugelassen werden : Je schneller wir unseren nationalen Verpflichtungen nachkommen, um so mehr werden wir beispielgebend für andere Nationen sein und mit Rat und Tat zur Seite stehen können.

Wir sehen im ständigen Austausch auf internationaler Ebene ein Element der gegenseitigen Unterstützung und Motivation : Umwelt- und Klimaschutz dürfen dahingehend keine "Geheimsache" werden !

Europa und Internationale Verantwortung

Seit mehr als sieben Jahrzehnten leben die europäischen Nationen in Frieden und freundschaftlich miteinander.

Die Europäische Gemeinschaft, der ständige Austausch auf allen Ebenen, das vertrauensvolle Gespräch sowie Kompromißfähigkeit aller Nationen sind einerseits dafür ausschlaggebend, wie andererseits unser fester Wille, Meinungsverschiedenheiten und Konflikte ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu begegnen.

Deutsche Außenpolitik als Element der Friedenspolitik war bisher unter allen politischen Gruppierungen immer im Konsens.

Nationalistische Strömungen gefährden mittlerweile diesen Konsens.

Es ist eine der traditionellen Aufgaben der Sozialdemokratie dem Trend zum Nationalismus konsequent und entschlossen entgegenzutreten.

Es ist ein Irrweg, anzunehmen, sich in nationaler Isolation der Globalisierung entgegenstellen zu können, sich am Beispiel "America First!" zu orientieren und die eigene Rolle in der Welt als "herausragend" und einzigartig anzusehen.

Dabei definieren Sozialdemokraten ihr politisches Wirken nicht gegen den politischen Konkurrenten, sondern immer im FÜR den Menschen und deren Würde.

Nicht der Kampf gegen eine anders orientierte Politik, sondern das Werben für die eigenen Visionen und Vorstellungen schaffen es, die Menschen zu überzeugen und ihnen das Vertrauen zu geben, daß im demokratischen Sozialismus der richtige Weg hin zu einer gerechten, solidarischen Gesellschaft in Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit liegt und damit für alle ein Leben in Würde ermöglicht wird.

Die Europäische Gemeinschaft ist nicht in Frage zu stellen.

Die gemeinsame Währung und die Bewegungsfreiheit im europäischen Raum vereinfachen nicht nur das Miteinander, sie machen Europa für jedermann jederzeit unmittelbar spür- und erfahrbar. Andere Vorteile des gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraumes werden dem gegenüber weit weniger zur Kenntnis genommen – die EU gilt vielmehr häufig als Behinderung, Verzögerung, Belastung, teuer und ineffektiv.

Gerade auch deswegen müssen die Regelungen der Zusammenarbeit, die gesetzlichen und vertraglichen Grundlagen in einem permanenten Prozeß den realen Gegebenheiten kontinuierlich angepaßt werden.

Dabei kommt den Zuständigkeiten und Kompetenzen des urgewählten Europäischen Parlaments das besondere Augenmerk zu.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Menschen der EU – wie auch das Vertrauen in europäische Verordnungen und Gesetze – werden nur dann weiterentwickelt und ausgebaut werden können, wenn das Votum des EU-Parlaments gegenüber den Entscheidungen des Ministerrates an Bedeutung gewinnt, sich der europäische Volkswille stärker darin widerspiegelt.

Die SPD muß sich als europäische Partei begreifen. Sie muß die Zusammenarbeit mit europäischen Schwesterparteien nicht nur suchen, sondern aktiv gestalten.

Hierzu streben wir eine Organisation des Miteinanders aller politischen Kräfte, die sich zu den Idealen des demokratischen Sozialismus bekennen, an.

Wir wollen damit den gemeinsamen Auftritt im vereinten Europa voranbringen, gemeinsame Ziele und Visionen entwickeln und vertreten, europäische Politik gestalten.

Wir bekennen uns zu internationaler Zusammenarbeit, zu einem Miteinander in Frieden und Vertrauen und sehen unseren wesentlichen Beitrag darin, ausgleichend, vermittelnd, stets gesprächsbereit und kompromißfähig aufzutreten.

Zur Teilnahme an militärischen Aktionen darf Deutschland ausschließlich mit Votum und Auftrag der Weltgemeinschaft – UN-Resolution – und eindeutiger Beschlußfolge des Deutschen Bundestages Soldaten der Bundeswehr in Einsätze außerhalb Deutschlands entsenden. Auftrag der Bundeswehr muß die Landesverteidigung sein und bleiben.

Kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Völkern wie auch Volksgruppen können nur dann entstehen, wenn Waffen verfügbar sind.

Deswegen lehnen wir Sozialdemokraten grundsätzlich den Export von Waffen oder waffenfähigem Material wie auch militärischer Ausrüstung in Gebiete außerhalb unseres Territoriums oder das unserer Bündnispartner ab.

Aus Sicht der Sozialdemokratie ist Rolle und Auftrag der NATO neu zu definieren.

Sie muß ein Bündnis gegenseitiger Verteidigungs-Hilfe bleiben, die nur die Abwehr von gegenwärtigen Angriffen auf einen der Bündnispartner zuläßt.

Zugleich muß die NATO als politisches Bündnis sich der friedensschaffenden Einflußnahme auf diplomatischen Wege verpflichten.

Sozialdemokratisches Selbstverständnis

Wir Sozialdemokraten leugnen unsere Herkunft aus der Arbeiterbewegung des späten 19. Jahrhunderts nicht – mit Stolz blicken wir zurück auf das für die Menschen Erreichte, die “Entknechtung“ der lohnabhängig arbeitenden Menschen, der Abschaffung von Kinderarbeit, der Entwicklung und Stärkung von Frauenrechten, unseren Widerstand gegen Ermächtigungsgesetz und Krieg.

Ja, wir verstehen uns als demokratische Sozialisten.

Und wir widersetzen uns allen Versuchen, den demokratischen Sozialismus dem gleichzustellen, was in Nordkorea oder der DDR als “realexistierender Sozialismus“ bezeichnet wird, weil darin weder unsere Visionen, Vorstellungen von Staat und Gesellschaft oder politischen Zielsetzungen beschrieben und gelebt sind.

Unsere Tradition stellt uns auf die Seite derer, die der Ausnutzung kapitalistischer Machenschaften zum Opfer fallen, die von der Teilhabe an Wertschöpfung und Gewinnen ausgeschlossen bleiben sollen, die als Einzelne der Macht des Geldes gegenübergestellt werden. Dies war immer unsere Klientel und dies bleibt auch unsere Klientel !

Für deren Leben in Würde setzen wir uns ein, deren Lebensverhältnisse gilt es zu verbessern, ihre Teilhabe an der Gesellschaft und den Früchten aller Erfolge und Erträge von wirtschaftlichem Gebaren, an Bildung, Kultur, Sicherheit und Lebensqualität ist unser Herzensanliegen.

Diesen Menschen sehen wir uns verpflichtet – sie gilt es zu überzeugen, daß wir Sozialdemokraten ihr Vertrauen rechtfertigen.

Unseren politischen Erfolg bei Wahlen und Abstimmungen erstreben wir nicht um unser selbst Willen, sondern alleine und ausschließlich, um mit unserer Politik das Ziel einer solidarischen Gesellschaft in Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu erreichen und damit Lebensqualität und Wohlergehen allen Menschen im Lande zukommen zu lassen.

Und ja, unsere “Geburt“ beruht auch auf den Thesen von Marx und Engels.

Diese sind deswegen aber für uns keine Dogmen, keine Lehrbuchweisheiten, die zwingend unsere Programme bestimmen. Es sind aber auch heute noch Denkanstöße, diskussionswürdig und immer wieder aufs Neue ob ihrer Richtigkeit zu hinterfragen.

Man mag uns belächeln, verhöhnen oder gar verspotten – wir glauben an eine bessere Welt, eine Welt, in der Gerechtigkeit das Maß aller Dinge ist.

Gerechtigkeit spiegelt sich dabei nicht nur wider in Besitz, Geld oder Vermögen und deren gleichmäßigen Verteilung.

Gerechtigkeit definieren wir Sozialdemokraten vielmehr als den Zustand einer Welt, in der jeder Mensch selbstbestimmt in Freiheit und Unabhängigkeit, als Gleicher unter Gleichen in Würde leben und sich entfalten kann als Teil einer Gesellschaft, in der gegenseitige Verantwortung, Vertrauen, Frieden und Sicherheit gelebte Realität ist.

Dafür stehen wir ein.

Diesem Ziel gilt all unsere Arbeit, all unsere Kraft, unser Engagement.

Und wir reichen jedem die Hand, der sich unserer Idee, unserer Vision einer gerechten Gesellschaft anschließen will und mitmachen will, dem gemeinsamen Ziel Tag für Tag ein Stück näher zu kommen.

Unser Einsatz lohnt.

Nicht nur für das Heute. Es lohnt in besonderem Maße auch für das Morgen, für die Lebensqualität unserer Kinder- und Enkelgenerationen.

Und : Für den Frieden in der Welt – denn mit unserm Tun nehmen wir nicht nur Einfluß aufs eigene Land, wir wollen damit auch weit über unsere Grenzen hinaus wirken – als Beispiel und als Motivation, die Vision des demokratischen Sozialismus als Gesellschaftsmodell nicht nur anzuerkennen, sondern zu realisieren.

Deswegen verstecken wir uns nicht – wir halten unsere Fahne hoch, die uns seit 1863 leitet.

